



„Forschung gut gestalten“

MARKUS PIEPER HAT SICH BEI DEN VERHANDLUNGEN UM DEN EU-HAUSHALT 2019 FÜR EIN HÖHERES FORSCHUNGSBUDGET EINGESETZT.

Dr. Markus Pieper ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Er hält ein höheres Budget für wichtig, um die großen Zukunftsfragen in Umwelt, Energie oder Digitalisierung zu meistern.

Ende 2018 wurde der EU-Haushalt für 2019 beschlossen. Sind Wissenschaft und Hochschulen angemessen berücksichtigt?

Wir haben gegenüber dem vorherigen Haushalt ein Plus von zehn Prozent durchgesetzt, das sind real 150 Millionen Euro. Durch den Berichtigungshaushalt werden wohl noch einmal 100 Millionen Euro dazukommen. Das ist ein gutes Signal. Wir müssen in Zeiten von Herausforderungen bei den Themen Umwelt, Energie, Digitalisierungen stärker in Forschung investieren.

Es gibt zwar mehr Geld, aber auch neue Themen – bleibt da genug für die Grundlagenforschung übrig?

Das stimmt. Es sind Themen wie Verteidigung oder Infrastruktur dazugekommen, sodass bei der klassischen Forschung gar nicht so viel mehr übrig bleibt. Trotzdem können wir mit diesem Haushalt Forschung gut gestalten. Leider sind wir uns mit dem Rat noch nicht einig, der nur gut 80 Millionen ansetzt. Der Grund für diese Blockade ist die Unsicherheit, welche Kosten

durch den Brexit auf uns zukommen. Wir im Parlament würden das gerne schnell abschließen und Klarheit schaffen.

Gab es Widerstände im Parlament, beispielsweise aus anderen Ressorts?

Im Parlament liegt nicht das Problem. Wir waren sehr geschlossen dafür, mehr Mittel für Verteidigung oder auch Mittelstandsforschung anzusetzen. Auch einige waren wir uns darin, die Exzellenzprogramme fortzuführen, also besser Schwerpunkte in der Forschung zu setzen, statt in der Breite zu fördern. Das gleiche bei Erasmus. Das Parlament will das Budget dafür verdoppeln. Allein aus Nordrhein-Westfalen waren im vergangenen Jahr 7000 Studierende im EU-Ausland, 4000 EU-Studierende sind zu uns gekommen. Übrigens gingen auch rund 300 Auszubildende ins Ausland. Das ist auch die beste Vorbereitung auf die Globalisierung, dass wir jungen Menschen Gelegenheit geben, daran teilzuhaben. Die EU ist ein gutes Vehikel dafür. Insofern finde ich auch heuchlerisch, wenn alle angeblich mehr Europa wollen und unsere Innovationsführerschaft beschwören, aber dann beispielsweise die FDP keinen Euro mehr dafür ausgeben oder die AfD sogar ganz aus Europa aussteigen will.

INTERVIEW: DR. ANGELA LINDNER

EU-HOCHSCHULEN

Einem aktuellen Bericht des europäischen Informationsnetzwerks „Eurydice“ zufolge hat Deutschland die umfangreichsten Maßnahmen zur Integration geflüchteter Menschen an Hochschulen in Europa getroffen. Dies sei einem Mehrebenen-Ansatz der Hochschulen, der Länder und des Bundes zu verdanken. Außerdem trügen Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes wie TestAS oder INTEGRA mit Förderung des Bundesbildungsministeriums dazu bei. tinyurl.com/y2wmhca2

EU-FORSCHUNG

Das Europäische Forschungsprojekt „Sunrise“ ist als eine von sechs „Coordination & Support Actions“ (CSA) im „Horizont 2020“-Programm ausgewählt worden. Das Projekt wird mit einer Million Euro ab Frühjahr 2019 für ein Jahr gefördert. Sunrise soll Akteure aus Wissenschaft, Industrie, Politik und Gesellschaft zusammenbringen. Ziel sei es, so teilt das Forschungszentrum Jülich mit, Alternativen zur fossilen, energieaufwendigen Produktion von Brennstoffen und Chemikalien basierend auf Solarenergie und allgemein verfügbaren Rohmaterialien (CO₂, H₂O, N₂) bereitzustellen. 20 Partner aus 13 EU-Ländern werden von Prof. Huub de Groot, PhD, von der Universität Leiden (Niederlande) koordiniert.

EU-EVALUATION

28 Forschungszentren in sieben europäischen Ländern sowie in Neuseeland bilden das Policy Evaluation Network (PEN). Das Netzwerk soll politische Maßnahmen zur Förderung eines gesunden Ernährungs- und Bewegungsverhaltens der Bevölkerung evaluieren und wird vom Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS) koordiniert. PEN wird von den beteiligten Staaten mit rund vier Millionen Euro für drei Jahre gefördert.